



## Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 26. Juni 2002

Nr. 2161

Dringliche Motionen

**Schulgeldregelung auf der Sekundarstufe II****1 Motionen**

Am 23. April 2002 erklärte der Grosse Gemeinderat die Motion „Abschaffung der Schulgelder auf der Sekundarstufe II - für eine gerechte Bildungspolitik“ mit folgendem Wortlaut für erheblich:

„Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er künftig die Schulgelder für Schülerinnen und Schüler aus der Stadt regeln will, die eine Ausbildung auf der Sekundarstufe II absolvieren.“

Der Stadtrat wird durch Dringlichkeitsbeschluss gemäss Art. 64 Abs. 4 des Geschäftsreglementes des Grossen Gemeinderates beauftragt, die Motion innert drei Monaten zu behandeln und Antrag zu stellen.“

Ebenfalls erheblich erklärte der Grosse Gemeinderat am 23. April 2002 die Motion „Schulgeldverbilligung für gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurs sowie für Designerfachkurs an der Gewerblichen Berufsschule St.Gallen (GBS)“ mit folgendem Wortlaut:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine weitere Übergangsregelung vorzuschlagen, die für den dreijährigen Designerkurs ab 1. Januar 2002 und für die beiden Vorkurse ab Schuljahresbeginn 2002 einsetzt. Sie soll bis zum Inkrafttreten der Bestimmung der Elternbeiträge durch den Kanton, längstens aber drei Jahre dauern und die städtische Beitragsleistung in Höhe von mindestens der Hälfte der Elternbeiträge festlegen.“

Der Stadtrat wird durch Dringlichkeitsbeschluss gemäss Art. 64, Abs. 4 des Geschäftsreglementes des Grossen Gemeinderates beauftragt, die Motion innert drei Monaten zu behandeln und Antrag zu stellen.“

Den Motionsaufträgen kommt der Stadtrat mit der vorliegenden Vorlage nach. Wegen des engen inhaltlichen Zusammenhangs werden die beiden Motionen in einem einzigen Bericht behandelt.



## 2 Übergangsregelung

Im Hinblick auf die Kantonalisierung des Berufsschulwesens hat der Grosse Gemeinderat am 20. November 2001 eine Übergangsregelung für die Schulgelder der Grafikausbildung sowie der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse gutgeheissen und dazu einen Kredit von CHF 263'300 bewilligt. Die Übergangsregelung sieht vor, dass die Stadt an das Lehrgeld der Grafikerlehrtöchter und -lehrlinge mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen bis zum Ende der Lehrzeit weiterhin die jährliche Schulgeldverbilligung von CHF 4'500 gewährt. Ebenso wird den jugendlichen Teilnehmenden der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse des Schuljahres 2001/02 für die Monate Januar bis Juli 2002 die Hälfte des in diesem Zeitraum anfallenden Schulgeldes bezahlt. Die Übergangsregelung gründet für die Grafikerlehrtöchter und -lehrlinge auf der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen, bei den hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkursen auf dem guten Glauben der Teilnehmenden bezüglich der Höhe des Schulgeldes bei Kursbeginn. Für eine spezielle Situation sollte ein möglichst verträglicher Interessenausgleich zur Vermeidung von Härten erzielt werden vor dem Hintergrund, dass auf Beginn des Schuljahres 2002/03 der Kanton als neuer Träger des Berufsschulwesens für Lehrgänge und Kursangebote einen neuen Schulgeldtarif erlässt. Die hauswirtschaftlichen sowie die gestalterischen Vorkurse hätten bis dann in die Brückenangebote gemäss den vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) erlassenen Empfehlungen eingereiht und finanziert sein sollen.

## 3 Tarif über die Kostenbeteiligung der Eltern

Heute zeigt sich, dass der Kanton den Zeitplan nicht einhalten kann und ein neues Schulgeldreglement frühestens auf Beginn des Schuljahres 2003/04 in Kraft treten kann. Für die Zwischenzeit hat die Regierung am 3. April 2002 einen "Tarif über die Kostenbeteiligung der Eltern an Vorbereitungskursen, die Elternbeiträge an Lehrwerkstätten und das Studiengeld für Lehrgänge zum Erwerb der Berufsmaturität für Berufsleute mit Lehrabschluss" erlassen, welcher ab 1. August 2002 Anwendung findet. Zusammengefasst sieht der Tarif folgende Kostenbeteiligung der Eltern je Schuljahr vor:

Gestalterischer Vorkurs für Jugendliche	CHF	6'000
Hauswirtschaftlicher Vorkurs	CHF	8'000
Lehrwerkstätte für Grafiker	CHF	6'500
Lehrwerkstätte für Designer	CHF	6'000



Studiengeld für die Berufsmaturität für

Berufsleute mit Lehrabschluss

CHF 800 bis 1'500

(berufsbegleitend oder Vollzeit)

Der kantonale Tarif deckt sich mit den früheren, unter städtischer Trägerschaft erhobenen Schulgeldern für die gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurse und für die Lehrwerkstätten für Grafiker und Designer.

#### **4 Fortsetzung der Schulgeldverbilligung für die gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurse für Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen**

Am 21. Januar 2002 veröffentlichte das Kantonale Erziehungsdepartement einen Bericht über "Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung". Demnach sollen nach den Vorstellungen des Erziehungsdepartementes die im Berufsvorbereitungsjahr zusammengefassten Bildungsangebote zusammen mit den Integrationskursen und der Vorlehre die Brückenangebote als Vorbereitung für den Einstieg in die Berufsausbildung bilden. Die bisherigen hauswirtschaftlichen Vorkurse, der Vorkurs für Gestaltung sowie das Freiwillige 10. Schuljahr sollen zusammen mit weiteren berufswahlorientierten Schulangeboten als Berufsvorbereitungsjahr mit den heutigen Strukturen (personelle und räumlich) weitergeführt werden. Die Finanzierung der Brückengebote erfolgt durch Kantons- und Bundesbeiträge, aber auch durch Schulgelder. Vorgesehen ist der folgende Kostenteiler:

Bund ca.	15 %
Kanton ca.	75 %
<u>Schulgeld (Eltern) ca.</u>	<u>10 %</u>
Total	100 %

Je nach Ausbildungsgang werden die Elternbeiträge auf CHF 500 bis CHF 2'000 geschätzt.

Der Bericht zu den Brückenangeboten befindet sich seit Ende Februar 2002 in einer breiten Vernehmlassung bis zum 30. Juni 2002. Dem Bericht liegt ein Fragenkatalog bei, welcher sich unter anderem auch mit der Finanzierung der Brückenangebote befasst und damit auch die Frage eines Schulgeldes und dessen Höhe aufnimmt. Die Meinungen darüber dürften sehr kontrovers sein, da bis anhin auf der Sekundarstufe II der Grundsatz der Unentgeltlichkeit gegolten hat. Es kann aber zum heutigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden, inwieweit die im Vernehmlassungsverfahren abgegebenen Meinungen die künftige Finanzierungsregelung für die Brückenangebote beeinflussen werden. Hingegen ist nicht zu erwarten, dass die Schulgelder den im Bericht genannten Rahmen von CHF 500 bis CHF 2'000 sprengen werden.



Damit steht fest, dass die frühestens auf Beginn des Schuljahres 2003/2004 zu erwartende Schulgeldregelung bedeutend tiefere Schulgelder vorsehen wird, als dies der aktuelle Tarif vom 3. April 2002 festlegt. Für die Teilnehmenden der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen bedeutet dies, dass sie wegen der Kantonalisierung des Berufsschulwesens und der von kantonaler Seite verzögerten Schulgeldregelung im Schuljahr 2002/2003 ein Schulgeld zu bezahlen haben, welches in dieser Höhe bisher nicht angefallen ist und auch für die folgenden Lehrgänge nicht aufzubringen sein wird. Da die Teilnehmenden der Lehrgänge 2002/2003 der hauswirtschaftlichen und der gestalterischen Vorkurse auf diese eher willkürliche Zufälligkeit keinen Einfluss nehmen können, soll für das Schuljahr 2002/2003 und, sofern eine neue kantonale Schulgeldregelung bis zum Beginn des Schuljahres 2003/2004 immer noch nicht vorliegt, auch für dieses Schuljahr die aktuelle, für die Monate Januar bis Juli 2002 bewilligte Schulgeldverbilligung für die hauswirtschaftlichen und die gestalterischen Vorkurse eine Fortsetzung finden. Demzufolge haben Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen für den Besuch eines hauswirtschaftlichen oder gestalterischen Vorkurses im Schuljahr 2002/2003 und allenfalls 2003/2004 nur die Hälfte des Schulgeldes zu bezahlen, d.h. CHF 4'000 für den Besuch des hauswirtschaftlichen und CHF 3'000 für den Besuch des gestalterischen Vorkurses. Keine Schulgeldverbilligung erfolgt wie bisher für Erwachsene mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen. Darüber wird der Stadtrat ein Reglement erlassen.

## 5 Kosten

Die Fortsetzung der Schulgeldverbilligung für die hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse für Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen führt zu folgenden Kosten:

Schuljahr 2002/2003

hauswirtschaftliche Vorkurse:	19 Teilnehmende	CHF	4'000	CHF	76'000
gestalterische Vorkurse:	15 Teilnehmende	CHF	3'000	<u>CHF</u>	<u>45'000</u>
Total				CHF	121'000

Für das Schuljahr 2003/2004 muss bei einer erneuten Schulgeldverbilligung mit Kosten in ähnlicher Höhe gerechnet werden.

Für die Schulgeldverbilligung der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse 2002/2003 fallen im laufenden Jahr CHF 50'400.-- an (Monate August bis Dezember 2002). Dafür ist ein Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2002 zu bewilligen. Die Kosten der Schulgeldverbilligung für die Monate Januar 2003 bis Juli 2003 sowie vorsorglich die Schulgeldverbilligung für die Monate August bis Dezember des Schuljahres 2003/2004 sind ins Budget 2003 aufzunehmen.



## **6 Der Kanton als Träger der Ausbildungs- und Lehrgänge auf der Sekundarstufe II**

Mit der Kantonalisierung des Berufsschulwesens per 1. Januar 2002 ist der Kanton Träger aller öffentlichen Schulangebote der Sekundarstufe II geworden. Diese beinhalten das Gymnasium, die Wirtschaftsmittelschule, die Diplommittelschule, die Berufslehren mit und ohne Berufsmaturität, die Anlehren sowie die Vorkurse. Sie werden künftig auch die unter dem Begriff "Brückenangebote" subsumierten Lehrgänge erfassen. Als Träger all dieser Ausbildungs- und Lehrgänge auf der Sekundarstufe II steht der Kanton sowohl in der bildungspolitischen Verantwortung als auch (nach Abzug der Bundesbeiträge) in der Finanzierungspflicht. Daraus, d.h. aus der Unentgeltlichkeit des Besuchs von Gymnasien, Wirtschaftsmittelschulen und Diplommittelschulen sowie von Berufslehren erwächst die Erwartung, dass für alle Lehrgänge der Sekundarstufe II, welche zu einem Diplomabschluss oder zu einem Fähigkeitsausweis führen, ungeachtet der Ausbildungsstätte kein Schulgeld erhoben wird. Infolgedessen müssten sämtliche Berufslehrgänge, auch solche, welche in Lehrwerkstätten vermittelt werden wie die Ausbildung zum Grafiker oder zum Designer, gratis angeboten werden. Anders zu beurteilen sind einzig berufsvorbereitende Lehrgänge und Kurse. Diese führen zu keinem Fähigkeitsausweis, befähigen aber die Schülerinnen und Schüler zur Berufswahl oder erleichtern den Einstieg in einen bestimmten Beruf. Hierzu moderate Schulgelder zu erheben, wie dies der Kanton im Rahmen von 10 % vorsieht, ist nicht zu beanstanden, da der Besuch von Berufsvorbereitungskursen nicht unabdingbare Voraussetzung für den Berufseinstieg bildet und mindestens in Teilen Freiwilligencharakter hat.

Ist die Finanzierung der Ausbildungs- und Lehrgänge auf der Sekundarstufe II Angelegenheit des Kantons und müssten diese als gleichwertige Bildungsangebote auch bezüglich der Finanzierung und der Unentgeltlichkeit des Besuchs gleichbehandelt werden, kann es nicht Aufgabe der Stadt sein, die vom Kanton nicht vollzogene Gleichbehandlung aller Schulangebote der Sekundarstufe II mit Gemeindebeiträgen auszugleichen. Eine Schulgeldregelung, welche weiter geht als die unter Ziffer 4 beantragte Fortsetzung der Schulgeldverbilligung für die hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse, wie dies der Motionsauftrag „Schulgeldverbilligung für gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurs sowie für Designerfachkurs an der Gewerblichen Berufsschule St.Gallen (GBS)“ für die Designer-Lehrlinge und -Lehrtöchter verlangt, ist abzulehnen.

Eine weitergehende Regelung würde der städtischen Politik der Übereinstimmung von Entscheidungskompetenz und Finanzierung nicht gerecht. Sie würde in gewissem Sinne eine Rückkehr zu den unbefriedigenden Verhältnissen im Berufsschulwesen vor der Kantonalisierung bedeuten, als die Stadt als Trägerin und Lehrortsgemeinde Sonderleistungen ohne Einräumung entsprechender Kompetenzen zu erbringen hatte. Es darf in diesem Zusammenhang nicht ausser Acht gelassen werden, dass mit der Kantonalisierung des Berufsschulwe-



sens nicht nur ein Wechsel in der Trägerschaft, sondern auch eine Änderung der Finanzierung erfolgte. Der Kanton kompensiert vollumfänglich die bei der Stadt und den Gemeinden wegfallenden Aufwendungen für das Berufsschulwesen mit Anteilen der Gemeinden am Steuerertrag juristischer Personen und der bisherigen Gemeindeanteile am Ertrag der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Damit wurden dem Kanton mit der Kantonalisierung nicht nur die Aufgaben des Berufsschulwesens, sondern auch die Mittel zur Finanzierung übertragen.

Ist der Kanton nicht bereit oder sieht er sich nicht in der Lage, für den Berufsbildungsbereich in finanzieller Hinsicht gleiche oder mindestens vergleichbare Zugangsbedingungen wie für Gymnasien und Mittelschulen zu schaffen, ist auf der Basis demokratischer Legitimation und rechtsstaatlichen Handelns auf Kantonsebene dafür mit politischen Mitteln zu intervenieren.

## **7 Stipendien und Fondsbeiträge**

Eine weitergehende Schulgeldverbilligung als die 50 %-ige Beitragsleistung der Stadt für jugendliche Teilnehmende der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse ist auch vor dem Hintergrund abzulehnen, dass im Kanton ein ausgebautes Stipendienwesen besteht. Stipendien werden auch für Angebote der Sekundarstufe II gewährt. Weiter besteht in der Stadt zur Vermeidung von Härtefällen ein "Unterstützungsfonds für die Aus- und Weiterbildung auf der Sekundarstufe II". Der Fonds bezweckt, mit Beitragsleistungen Jugendlichen und Erwachsenen aus der Stadt St.Gallen, welche sich in schwierigen Verhältnissen befinden, eine Aus- und Weiterbildung in einer Bildungsstätte der Sekundarstufe II zu ermöglichen. Mit diesen Instrumenten können finanzielle Zutrittsbarrieren wirksam herabgesetzt werden. Der Zutritt zu Ausbildungs- und Lehrgängen im Berufsschulbereich ist nicht mehr eine Frage der Einkommensverhältnisse.

Sowohl für den Besuch der laufenden Vorkurse als auch für den Designerlehrgang erfolgten auf entsprechende Gesuche Fondszahlungen an die Schulgelder von Jugendlichen und Erwachsenen.

Unabhängig vom berechtigten Anliegen für Gleichbehandlung und damit für Unentgeltlichkeit aller Ausbildungs- und Lehrgänge der Sekundarstufe II gibt die Anzahl der Anmeldungen für die hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse und für den Designerlehrgang 2002/2003 einen Hinweis darauf, dass mit Stipendien und Geldern aus dem Unterstützungsfonds der Zugang zu gewissen Lehrgängen im Berufsbildungsbereich nicht von einer generellen Schulgeldverbilligung abhängig ist.



<b>Anmeldung</b>	<b>1999/2000</b>	<b>2000/2001</b>	<b>2001/2002</b>	<b>2002/2003</b>
hauswirtschaftlicher Vorkurs	235	246	202	150
gestalterischer Vorkurs Jugendliche	185	210	192	196
gestalterischer Vorkurs Erwachsene	59	65	63	70
Designer bzw. Grafiker	31	28	21	29

Ausser dem strukturbedingten Rückgang bei den hauswirtschaftlichen Vorkursen legten bei allen Lehrgängen bzw. Kursen die Anmeldungen leicht zu, obwohl keine generelle Schulgeldverbilligung in Aussicht stand. Die Höhe des Schulgeldes, oder anders gesagt, die Finanzierung dieses Schulgeldes scheint keine Hürde und kein Hinderungsgrund für den Besuch eines Vorkurses oder eines Lehrganges in einer Lehrwerkstätte zu sein. Eine weitergehende als die vorgeschlagene Regelung der Schulgelder ist auch aus dieser Sichtweise nicht angezeigt.

## **8 Designer-Lehrgang**

Mit den vorstehenden Ausführungen und dem Antrag, die bisherige Schulgeldverbilligung für die gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurse längstens für zwei zusätzliche Schuljahre zu verlängern, für die übrigen Ausbildungslehrgänge der Sekundarstufe II aber aus bildungs- und finanzpolitischen Gründen keine städtischen Beiträge auszurichten, ist der Auftrag aus der Motion „Abschaffung der Schulgelder auf der Sekundarstufe II - für eine gerechte Bildungspolitik“ erfüllt. Nicht erfüllt ist dagegen derjenige aus der Motion „Schulgeldverbilligung für gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurs sowie für Designer-Fachkurs an der Gewerblichen Berufsschule St.Gallen (GBS)“. Dieser verlangt für den dreijährigen Designerkurs ab 1. Januar 2002 eine Übergangsregelung, wie sie für die gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurse vorgesehen ist. Auch wenn der Stadtrat eine Ausweitung der Schulgeldverbilligung ablehnt, muss das Parlament die Möglichkeit haben, selbst darüber einen Entscheid zu fällen. Dem Parlament ist dazu ein entsprechender Antrag zu unterbreiten (vgl. Ziff. 9.2).

Eine Schulgeldverbilligung für den Designer-Lehrgang bedeutet, dass die Stadt Lehrlingen und Lehtöchtern des Designer-Lehrganges mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen eine Schulgeldverbilligung von 50 %, d.h. von CHF 3'000 pro Schuljahr längstens bis zum Schuljahr 2003/04 gewährt. Begünstigte dieser Regelung wären für das laufende Schuljahr 2001/02 zwei und für 2002/03 fünf weitere Lehrlinge und Lehtöchter. Bei gleich verlaufender Entwicklung müsste für das Schuljahr 2003/04 mit zusätzlichen drei bis vier Designerinnen und



Designern aus der Stadt gerechnet werden. Daraus würden der Stadt folgende Kosten entstehen:

Schuljahr 2001/02 (7 Monate)	2 Designer à	CHF	3'000	CHF	3'500
Schuljahr 2002/03 kumuliert	7 Designer à	CHF	3'000	CHF	21'000
Schuljahr 2003/04 kumuliert; geschätzt	10 Designer à	CHF	3'000	CHF	30'000

Für das laufende Jahr wäre für die Schulgeldverbilligung ein Nachtragskredit von CHF 12'300 zu bewilligen. Zusammen mit dem Nachtragskredit für die hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse ergäbe dies die Summe von CHF 62'700 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2002. Die im Jahr 2003 und allenfalls 2004 anfallenden Kosten müssten ins Budget 2003 bzw. 2004 eingestellt werden.

Wie bereits in Ziff. 6 ausgeführt, führt der Designer-Lehrgang zum Lehrabschluss mit Fähigkeitsausweis. Entsprechend der Unentgeltlichkeit des Besuches von Berufslehren dürfte auch für den Designer-Lehrgang kein Schulgeld erhoben werden, und es ist beim Kanton auf politischem Wege die Unentgeltlichkeit einzufordern. Eine städtische Beitragsleistung ist abzulehnen.

Die Motion verlangt eine Übergangsregelung bis zum Erlass der neuen kantonalen Schulgeldregelung. Dieses Begehren gründet offensichtlich in der Annahme, dass die neue Schulgeldregelung für den Designer-Lehrgang Schulgelder in vergleichbarer Höhe der Brückenangebote mit zehn Prozent der Betriebskosten vorsieht. Dazu besteht aber seitens des Kantons weder eine Zusicherung noch eine Absichtserklärung. Da der Designer-Lehrgang zu den Berufsausbildungen und nicht zu den Brückengeboten gehört, ist folglich davon auszugehen, dass in der künftigen kantonalen Schulgeldregelung das Schulgeld für den Designer-Lehrgang separat mit spezifischer Kostenberechnung behandelt wird. Im schlechtesten Fall kann dies bedeuten, dass das Schulgeld für den Designer-Lehrgang in der bisherigen Höhe beibehalten wird. Damit würden mit einer 50 %-igen Schulgeldverbilligung die Teilnehmenden der Designer-Lehrgänge 2001/02 bis 2003/04 in den Genuss einer Begünstigung kommen, welche die Teilnehmenden der Lehrgänge 2004 ff. nicht mehr erhalten werden. Einzig die Designer-Lehrlinge und -Lehrtöchter, welche mit ihrer Berufsausbildung im Schuljahr 2001/02 begonnen haben, erhielten für ihre Berufsausbildung eine generelle Verbilligung. Bereits für die im kommenden Schuljahr neu eintretenden Lehrlinge und Lehrtöchter würde im dritten Lehrgang wieder das volle Schulgeld anfallen. Eine solche einseitige und willkürliche Bevorzugung einzelner Designer-Lehrlinge und -Lehrtöchter ist nicht vertretbar. Dies gilt umso mehr, als auch für andere Berufslehren wie z.B. Informatikerinnen/Informatiker, Gei-





genbauerin/Geigenbauer, gewisse Ausbildungen im Gesundheitswesen (Vorschule für Berufe im Gesundheitswesen, wenn die anschliessende Ausbildung ausserhalb des Kantons erfolgt), welche zum Teil in Lehrwerkstätten bzw. in Vollzeitschulen unterrichtet werden, Schulgelder erhoben werden, und die Stadt an diese Lehrgänge keine Verbilligungen ausgerichtet. Für all diese Ausbildungen müsste aus Gründen der Gleichbehandlung eine analoge Regelung getroffen werden, obwohl die Stadt bisher dazu nicht veranlasst war.

Antrag 2 erfolgt in Nachachtung des Auftrages der erheblich erklärten Motion. Der Stadtrat empfiehlt Ihnen, Antrag 2 abzulehnen.

## **9        Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Fortsetzung der Schulgeldverbilligung an jugendliche Teilnehmende mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen für den Besuch der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse bis längstens Ende des Schuljahres 2003/2004 wird zugestimmt.

Die dafür notwendigen Kredite werden in die entsprechenden Budgets eingestellt, und für das laufende Jahr wird ein Nachtragskredit von CHF 50'400 bewilligt.

2. Der Schulgeldverbilligung an jugendliche Teilnehmende mit Wohnsitz in der Stadt St.Gallen für den Besuch des Designer-Lehrganges bis längstens Ende des Schuljahres 2003/04 wird zugestimmt.

Die dafür notwendigen Kredite werden in die entsprechenden Budgets eingestellt, und für das laufende Jahr wird zum Nachtragskredit gemäss Ziff. 1 ein zusätzlicher Kredit von CHF 12'300 bewilligt.

3. Die dringliche Motion "Abschaffung der Schulgelder auf der Sekundarstufe II - für eine gerechte Bildungspolitik" wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.
4. Die dringliche Motion "Schulgeldverbilligung für hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurs sowie für Designerfachkurs an der Gewerblichen Berufsschule St.Gallen (GBS)" wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

